
Gesundheitsreform

Mehr Wettbewerb für Privatkassen

Die heftig umstrittene Gesundheitsreform 2006 wird auch für die privaten Krankenversicherungen deutliche Änderungen mit sich bringen. Zum einen sind die Privatversicherer verpflichtet, einen Basistarif ohne Gesundheitsprüfung, dessen Leistungen dem Angebot der gesetzlichen Versicherungen entsprechen, einzuführen. Personen, die sich freiwillig versichern könnten, haben Anspruch auf diesen Tarif. Zum anderen müssen die privaten Krankenversicherer Altersrückstellungen im Umfang des Basistarifs portabel machen, so dass die Versicherten innerhalb des Systems der privaten Versicherungen leichter wechseln können.

Diese Regelungen haben bei den privaten Krankenversicherungen heftige Proteste ausgelöst. Sie weisen auf deutliche Beitragssteigerungen vor allem für junge Versicherte hin. Die Klagen der privaten Kassen fallen auf sie selbst zurück, denn offenbar stimmt ihre altersbedingte Prämienstruktur angesichts des knallharten Wettbewerbs um junge Versicherte nicht: Die Prämien für die Jungen sind zu billig und steigen erst mit den Jahren deutlich an. Für die jungen Alterskohorten werden offenbar derzeit nicht genügend Altersrückstellungen gebildet.

Der Wettbewerb zwischen den privaten Kassen ist durch die neue Regelung deutlich verschärft worden. Die Fähigkeit zum Wettbewerb unter gleichen Bedingungen gegenüber den gesetzlichen Kassen müssen sie allerdings noch unter Beweis stellen. Ein erster Schritt ist der Basistarif. Bisher waren die Privaten günstiger, weil sie – anders als die gesetzlichen Kassen – ihre Versicherten aussuchen oder mit Risikozuschlägen belasten konnten. Ein weiterer Schritt in Richtung auf eine Angleichung der Wettbewerbsbedingungen wäre es, wenn die gesetzlichen Kassen von der Verpflichtung zur Mitversicherung von Familienangehörigen freigestellt würden. er

Griechenland

Korrektur des Defizits

Wieder einmal ist allzu deutlich geworden, dass der Stabilitäts- und Wachstumspakt nicht ernst genommen wird und nationale Fiskalpolitiken weiterhin unbekümmert manipuliert werden. Das ist nicht nur in Deutschland, Frankreich oder Italien der Fall, sondern offenbar auch in kleineren und neuen EU-Staaten. Ungarn, das auch als Nichtmitglied der Währungs-

union den Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts unterliegt (allerdings ohne Sanktionen), meldet unverfroren ein Defizit von 10%, und Griechenland, das sich einst mit gefälschten Zahlen in die EWU hineingeschummelt hatte, hat eine Korrektur des Bruttoinlandsprodukts vorgenommen, von der Peer Steinbrück nur träumen kann. Ganze 25% ist das BIP demnach seit Jahren höher als bislang angegeben. Das hat den angenehmen Nebeneffekt, dass damit das Defizit, gemessen am BIP, sinkt und damit die strengen Auflagen aus Brüssel gegenstandslos sind. Die Kommission ist entsprechend wenig begeistert, wittert sie doch angesichts der geringen griechischen Glaubwürdigkeit Manipulation.

Diese Revision habe zwar vor allem mit der Änderung von statistischen Verfahren zu tun, wie die Griechen beteuern, aber der Zeitpunkt ist dennoch verdächtig. Denn es soll wohl 2007 vorzeitig gewählt werden, und da kann die Regierung fiskalische Einschränkungen, die mit hohen Defiziten und Auflagen verbunden sind, nicht gut gebrauchen. Es schmerzt offensichtlich relativ wenig, wenn die Revision des BIP mit einer Reduktion der EU-Zahlungen an Griechenland einhergehen wird, wenn das Land statistisch reicher wird. Kurz vor Wahlen scheint es allemal wichtiger, dass neuer Spielraum in der Fiskalpolitik gewonnen wird. Und wer weiß: vielleicht kommt es ja auch nach den Wahlen zu einer erneuten Korrektur der Zahl – diesmal dann vermutlich nach unten. ch

EU-Osterweiterung

Beitritt mit Auflagen

Die EU-Kommission hat Ende September die politische Entscheidung getroffen, Bulgarien und Rumänien am 1. Januar 2007 als neue EU-Mitglieder aufzunehmen und damit die fünfte und größte Erweiterung, die mit den Beitrittsanträgen aller mittel- und osteuropäischen Länder 1994 offiziell begann, endgültig zum Abschluss zu bringen. Die Beitrittsverhandlungen mit Bulgarien und Rumänien, die bereits im Februar 2000 zusammen mit Lettland, Litauen, Malta und der Slowakei in Gang kamen, wurden mangels Fortschritten bei der Etablierung von Demokratie und Marktwirtschaft erst Ende 2004 abgeschlossen. Infolgedessen mussten beide Länder von der großen Osterweiterung im Mai 2004 ausgenommen bleiben.

Die zusätzlich gewonnene Zeit wurde nur partiell genutzt, um die noch vorhandenen Reformdefizite zu beheben. Auch in den jüngsten Fortschrittsberichten wird ein dringender Handlungsbedarf in vielen Problembereichen (Korruption, organisierte Kriminalität,

Verwaltungs- und Kontrollsysteme für EU-Finanzmittel und die Landwirtschaft) angemahnt. Um beide Länder zu zügigen Reformen zu drängen, will die Brüsseler Behörde, nach dem formellen Beitritt, einen neuartigen „Mechanismus für die Kooperation und Überprüfung“ einrichten. Sollten Bulgarien und Rumänien die noch bestehenden Missstände nicht in den Griff bekommen, droht die Kommission etliche, in den Beitrittsverträgen vorgesehene Schutzklauseln (Überwachung der Gerichtsbarkeit, Kürzung der Agrarsubventionen und anderes) anzuwenden.

Die Bevölkerung Bulgariens und Rumäniens begrüßt den bevorstehenden Beitritt und die Tatsache, dass ein Teil der Regierungsgewalt von Bukarest und Sofia nach Brüssel verlagert wird. Da die Bevölkerung der eigenen Politik nicht so recht traut, ist sie davon überzeugt, dass der ständige Druck der EU auf rechtsstaatliche Verfahren und Institutionen helfen wird, die Reformdefizite endlich zu beseitigen. ap

EU-Handelspolitik

Antidumping-Zölle auf Schuhe

Die im April dieses Jahres eingeführten vorläufigen Antidumpingzölle auf bestimmte Lederschuhe aus China und Vietnam sind ein halbes Jahr später in endgültige, für zwei Jahre geltende Schutzmaßnahmen umgewandelt worden. Seit dem 6. Oktober werden diese Produkte mit einem Zusatzzoll in Höhe von 16,5% (China) bzw. 10% (Vietnam) belastet. Zur Begründung der Maßnahme werden staatliche Interventionen in China und Vietnam zugunsten der einheimischen Schuhhersteller angeführt, insbesondere in Form von Billigkrediten.

Mit 13 gegen zwölf Stimmen war die Entscheidung im EU-Ministerrat denkbar knapp. Den Ausschlag gaben am Ende vier Enthaltungen (Malta und Zypern, Österreich und Slowenien), die bei derartigen Abstimmungen seit einiger Zeit wie Ja-Stimmen gezählt werden. Nach Ländern war es ein Sieg des „Mittelmeer-Klubs“ (Italien, Spanien etc.) über den „Nord-/Ostsee-Klub“ (in erster Linie Großbritannien und Schweden) und nach Interessengruppen ein Sieg vor allem der kleinen, homogenen Gruppe der nicht wettbewerbsfähigen Schuhproduzenten über die große, heterogene Masse der Konsumenten. Benachteiligt sind ebenfalls Unternehmen, die sich vertikal in die internationale Arbeitsteilung integriert haben und in der EU am oberen Ende der Wertschöpfungskette angesiedelt sind, z.B. bei der Entwicklung von Designs für in China hergestellte Schuhe oder bei der Vermarktung dieser Produkte.

Für den zur gleichen Zeit angekündigten Strategiewechsel in der EU-Handelspolitik, der gerade auch diesen neuen Gegebenheiten verstärkt Rechnung tragen soll, sind die Schutzzölle ein negatives Signal. Die Verkündung hehrer Ziele wie die Schaffung eines modernen, dynamischen und offenen europäischen Wirtschaftsraums verträgt sich schlecht mit der Abschottung ineffizienter heimischer Wirtschaftszweige gegen ausländische Konkurrenz. ko

Internationaler Währungsfonds

Reformen und Risiken

Auf der diesjährigen Tagung von IWF und Weltbank in Singapur wurde die weltwirtschaftliche Lage verhalten positiv gesehen. Größerer Optimismus verbot sich jedoch angesichts der weiterhin volatilen Energiemärkte, zunehmender Inflationsrisiken, stockender Struktur-reformen und des einstweiligen Abbruchs der WTO-Verhandlungen. Es mangelte auf der Tagung nicht an eindringlichen Appellen, letztere baldmöglichst wieder aufzunehmen und erfolgreich abzuschließen. Berechtigte Sorge bereiteten erneut die anhaltenden strukturellen Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen vor allem Chinas und der USA, die wie ein Damoklesschwert über dem internationalen Finanzsystem schweben. Es blieb bei Mahnungen, die hemmungslose Defizitfinanzierung auf amerikanischer und die starre Wechselkurspolitik auf chinesischer Seite aufzugeben. Heftig kritisiert wurden auch die unkonditionierten Milliardenkredite, die China im Rahmen seiner Rohstoffbeschaffung Entwicklungsländern gewährt und damit die Gefahr einer erneuten Verschuldungskrise heraufbeschwört. China beeindruckte dererlei Kritik nur wenig.

Dies dämpfte zusätzlich die Hoffnung, die multilaterale Überwachungsfunktion des IWF stärken zu können. Eine stärkere Surveillance wird zwar von vielen Mitgliedsländern – so auch von Deutschland – befürwortet, kritische IWF-Kommentare aber als kompetenzüberschreitende Einmischung zurückgewiesen. Die überfällige, grundlegende Reform des IWF-Mandates kam auch in Singapur nicht wirklich voran. Eine neue Quotenformel wurde nicht gefunden, soll nun aber bis spätestens 2008 vorliegen. Es gelang immerhin eine halbherzige Anpassung der Quoten an das gewachsene weltwirtschaftliche Gewicht Chinas, Südkoreas, Mexikos und der Türkei. Die unverständliche Vertröstung anderer Schwellenländer wie Brasilien, Venezuela, Argentinien und Indien auf das nächste Jahr sorgte für deren berechtigte Empörung. bo